

Baden-Württemberg

Geld für Klimabeauftragte

[16.04.2024] Kommunen in Baden-Württemberg erhalten Geld vom Land für Klimabeauftragte.

Die Kommunen in Baden-Württemberg, und damit auch deren Verwaltungen, müssen bis 2040 klimaneutral sein. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, berät die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA-BW) Städte, Gemeinden und Landkreise. Sie leistet auch Hilfestellung bei der praktischen Umsetzung. Zusätzlich erhalten die Kommunen eine finanzielle Unterstützung vom Land, wenn sie eine einschlägige Stelle schaffen. Die Klimabeauftragten sollen den Umbau vorantreiben. Aktuell ist noch Geld im Fördertopf. Darauf weist die Landesenergieagentur hin. Beantragen können Kommunen die Förderung beim Umweltministerium. Bisher wurden 108 Stellen bewilligt, davon sind bereits rund 70 besetzt. Die Finanzierung besteht aus einem Zuschuss von 65 Prozent der Personalausgaben für Fachpersonal über einen Zeitraum von bis zu drei Jahren. Gefördert werden auch begleitende externe Beratungen sowie Sachkosten. Um die Klimaneutralität der Kommunalverwaltungen voranzutreiben, braucht es Fachleute, die sich dieser Aufgabe widmen. Unterstützung gibt es dafür vom Land in Form von Zuschüssen für „Beauftragte für die klimaneutrale Kommunalverwaltung.“

Die Höhe der Zuwendung beträgt 65 Prozent der Personalausgaben. Für Beratungs- und Sachkosten gibt es 75 Prozent. Die KEA-BW unterstützt die Beauftragten durch Beratung, via Infomailings und mit einem digitalen monatlichen Austausch.

„Der Umbau hin zur klimaneutralen Kommunalverwaltung muss systematisch vonstatten gehen“, betont die Bereichsleiterin für kommunalen Klimaschutz bei der KEA-BW, Nadine Derber. „Die Kommunen nähern sich dem Ziel Klimaneutralität in drei Schritten. Nach einer Bestandsaufnahme der aktuellen Situation folgt ein Plan mit Maßnahmen zur Absenkung der Treibhausgasemissionen. Anschließend werden die Maßnahmen umgesetzt.“ Diese Reihenfolge sei für diesen Prozess unentbehrlich, so die Umweltwissenschaftlerin Derber.

Zunächst wird geprüft, wie hoch der tatsächliche CO₂-Ausstoß in den verschiedenen Liegenschaften und Fuhrparks der Gemeinde ist. Wie viel Energie wird in Kita, Schule und Rathaus verbraucht? In einem zweiten Schritt erarbeitet die Kommune einen Maßnahmenplan zur Umsetzung. Danach unternimmt sie Anstrengungen, den Verbrauch zu senken und den Restbedarf erneuerbar zu decken. Dafür ist ein massiver Ausbau von Photovoltaik auf den Dächern der kommunalen Gebäude ein wichtiger Schritt. Auch ein auf E-Mobilität umgestellter Fuhrpark trägt dazu bei, den Ausstoß schädlicher Treibhausgase zu reduzieren. Zusätzlich dazu lohnt ein Blick auf die möglichst klimaneutrale Aufbereitung von Abwasser. Um ihre Erfolge zu dokumentieren, monitort die Kommune kontinuierlich die Fortschritte.

Um all diese Transformationsschritte einzuleiten, zu kommunizieren, mit den einzelnen Abteilungen innerhalb der Kommunalverwaltung abzustimmen und umzusetzen, fördert das Land Personal, das sich dieser Aufgabe annimmt.

(ur)

Ansprechpartner bei der KEA-BW finden Kommunen hier.

Stichwörter: Klimaschutz, Baden-Württemberg, KEA-BW